



An den
Vorsitzenden des Hauptausschusses
des Landtags Nordrhein-Westfalen
Klaus Vossemer MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
18. WAHLPERIODE

VORLAGE
18/350

A05

31. Oktober 2022

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, *lieber Klaus,*

wie in der Sitzung des Hauptausschusses am 27. Oktober 2022 zugesagt
übersende ich Ihnen in der Anlage das Manuskript zu meiner Rede zu
den politischen Schwerpunkten der Landesregierung im Bereich des
Hauptausschusses in der 18. Wahlperiode mit der Bitte, es an die
Ausschussmitglieder weiterzuleiten.

Mit freundlichen Grüßen

Nathanael Liminski
Nathanael Liminski

27. Oktober 2022

**Rede von
Minister für Bundes- und
Europaangelegenheiten, Internationales sowie
Medien und Chef der Staatskanzlei,
Herrn Nathanael Liminski**

**Einführung in die politischen Schwerpunkte
der Landesregierung im Bereich des
Hauptausschusses in der 18. Wahlperiode**

**27. Oktober 2022, 10 Uhr
Landtag Nordrhein-Westfalen**

Es gilt das gesprochene Wort.

Einstieg

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,
herzlichen Dank für die Gelegenheit, dass ich auch
in diesem Ausschuss eine kleine
Regierungserklärung halten kann. Das ist im
Hauptausschuss eigentlich nicht Usus, aber die
Landesregierung hat sich einiges vorgenommen,
was auch den Hauptausschuss betrifft.

Ich sage bereits jetzt zu, mein Redemanuskript im
Nachgang zur Verfügung zu stellen und möchte hier
die wesentlichen Punkte skizzieren.

Die aktuelle Zeit ist geprägt von
Herausforderungen:

- dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine,
- Millionen Menschen, die ihre Heimat verlassen
müssen– auch über die Ukraine hinaus,
- der Energiekrise und Fragen der
Versorgungssicherheit
- Rekordinflation.

Das soweit nur kurz im Stakkato-Stil. Sie alle
kennen die Herausforderungen.

Eine Zeit mit großen nationalen, internationalen und sicherheitspolitischen Aufgaben.

Eine Zeit, die uns vor Augen führt, dass Frieden, Freiheit und Demokratie nicht so selbstverständlich sind, wie wir lange geglaubt haben.

Eine Zeit, die uns auch gesellschaftlich vor neue Fragen und Herausforderungen stellt.

- Wie stärken wir den Zusammenhalt?
- Wie stärken wir unsere Demokratie?
- Und vor allem: Wie treten wir denen gegenüber, die Freiheit Frieden und Demokratie anders definieren als es unseren Werten entspricht?

Demokratie

Die aktuelle Zeit mahnt uns einmal mehr, für **unsere demokratischen Werte einzustehen**. Als Landesregierung wollen wir unsere Demokratie in allen Facetten stärken.

Stichwort Beteiligung:

- Demokratie lebt vom Mitmachen. Als Landesregierung bauen wir deshalb zum Beispiel die Beteiligungsmöglichkeiten für diejenigen aus, die bislang noch vielfach unterrepräsentiert sind.

- **Das Herabsetzen des Wahlalters auf 16 Jahre** ist hierzu ein wichtiger Baustein: Wir wollen jungen Menschen früher Partizipation ermöglichen. Darüber haben wir hier im Ausschuss in der vergangenen Legislaturperiode und davor bereits vielfach diskutiert. Jetzt kommen wir ins Handeln.
- Das gilt auch für die Möglichkeit, dass sie zukünftig als sachkundige Bürger in kommunalen Ausschüssen mitarbeiten dürfen sollen.
- Wir haben uns zum Ziel gesetzt, dass der Anteil von Frauen in den Parlamenten steigt.
- Wir werden zudem zwei Bürgerräte einsetzen, um unterschiedliche Perspektiven auf Entscheidungsprozesse zu ausgewählten Themen noch stärker als bisher einbeziehen zu können.

Der Ministerpräsident hat in seiner Rede nach der Wahl gesagt, dass er – wo es geht – auch das Miteinander über die regierungstragenden Fraktionen hinaus suchen will.

Das gilt in besonderer Weise für die Themen und Projekte im Kontext Demokratie – in jedem Fall für die Fraktionen, die bisher diese Demokratie maßgeblich und positiv geprägt haben.

Stichwort Politische Bildung:

- Demokratisches Bewusstsein und Handeln müssen erlernt und jeden Tag gelebt werden.
- Deshalb werden wir die **Landeszentrale für politische Bildung stärken.**
- Den **Demokratiebericht** fortschreiben.
- Und die Schulen in der Vermittlung der für demokratisches Handeln und Denken notwendigen Kompetenzen unterstützen.

Wir wollen unsere Demokratie nicht nur stärken, sondern auch vor ihren Feinden schützen. Bei Angriffen gegen unsere Demokratie zeigen wir deshalb keine Toleranz.

Deshalb ist es wichtig, dass die Landeszentrale für politische Bildung zu dem was dazu führt Aufklärung betreibt. Die Landeszentrale nimmt eine zentrale Funktion in der Prävention gegen Extremismus jeder Form und Diskriminierung wahr.

Unsere Demokratie droht ein Vertrauensverlust, wenn wir die drängenden Probleme unserer Zeit nicht lösen. Insbesondere Rechtsextremisten versuchen vorhandene Sorgen und Unsicherheiten für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Darin sehen wir aktuell die größte Gefahr für unsere Demokratie.

Das haben nicht nur die Anschläge der vergangenen Jahre auf Dr. Walter Lübcke sowie in Halle und Hanau deutlich gemacht, sondern leider werden auch viele politisch rechts motivierte Straftaten in Nordrhein-Westfalen begangen.

Die Förderung der Beratungsstruktur in der Arbeit gegen Rechtsextremismus und Rassismus – von der Opferberatung über die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus bis hin zur Aussteigerberatung – werden wir daher fortsetzen und verstärken. Und wir werden die Kommunen weiterhin bei ihren Bemühungen unterstützen, beispielsweise mit der Ausweitung des Programms „NRWelt offen“.

Die Maßnahmen der Landeszentrale für politische Bildung gegen Linksextremismus werden fortgeführt.

Erinnerungskultur

Neben der politischen Bildung ist die Landeszentrale auch für die historisch-politische Bildung und die Förderung der Gedenkstätten-Arbeit zuständig.

In Nordrhein-Westfalen gibt es eine lebendige Erinnerungskultur, die wir bisher in einem großen Miteinander gemeinsam gelebt haben und die wir weiter stärken und unterstützen wollen. Die Erinnerung an die Opfer des NS-Terrors werden wir wachhalten. Wir tragen als Demokratinnen und Demokratie dafür gemeinsam Verantwortung. Mit der Gedenkstätte STALAG 326 wollen wir unseren Beitrag als Land dazu leisten, das grausame Kapitel der sowjetischen Kriegsgefangenen bekannter zu machen und diesen zu gedenken.

Das Gedenken an die NS-Opfer wird weiterhin zentral für die Erinnerungskultur bleiben.

Darüber hinaus wollen wir die gesellschaftliche Auseinandersetzung über die deutsche Verantwortung an der Kolonialgeschichte aufgreifen und für die Erinnerungskultur in den Blick nehmen.

Allgemeine Fragen des bürgerschaftlichen Engagements

Das Ehrenamtliche Engagement ist das Rückgrat unserer Gesellschaft. Das zeigt sich besonders in Krisenzeiten:

- Während der Hochwasserkatastrophe im Sommer 2021, als Männer und Frauen der Freiwilligen Feuerwehren, der Hilfsorganisationen und des THW tagelang im Einsatz waren, ebenso wie viele Spontanhelferinnen und -helfer, die vor Ort geholfen haben.
- Während der Pandemie, als Jüngere für Ältere den Wocheneinkauf erledigt haben.
- Oder jetzt, wenn viele Menschen bei uns im Land, Menschen, die vor Krieg und Hunger fliegen, ein zu Hause geben.

Das zeigt sich aber auch jenseits von Krisenzeiten, im ganz normalen Alltag:

- In der Jugendhilfe
- Im Sportverein,
- Oder in der Seniorenbegleitung.

Der Einsatz der Bürgerinnen und Bürger füreinander macht unser Land stark und lebenswert.

Die Landesregierung will das ehrenamtliche Engagement weiter stärken und die Rahmenbedingungen verbessern. Dazu werden wir bewährte Strukturen stärken und gleichzeitig neue Themen in der Entstehung unterstützen. Im Februar 2021 haben wir eine **Engagementstrategie** für das Land Nordrhein-Westfalen verabschiedet.

Die Projekte, die wir uns in der Engagement-Strategie vorgenommen haben, setzen wir weiter um:

- Dazu gehören das **Förderprogramm zur Kleinstförderung**,
- die **Förderung von Qualifizierungsangeboten** für Engagierte,
- die **Finanzierung eines Landesnetzwerks**

- und die **Einrichtung einer Landesservicestelle für bürgerschaftliches Engagement.**

An bewährten Dingen halten wir fest. Dazu gehört der **Versicherungsschutz für Engagierte, oder die Ehrenamtskarte NRW.**

Im Rahmen des „**Kommunen-Netzwerk: engagiert in NRW**“ arbeiten wir mit den Kommunen zusammen daran, das Engagement vor Ort zu stärken.

Die Herausforderungen, die ich eingangs genannt habe, werden ehrenamtliches Engagement noch erforderlicher machen.

Im kommenden Jahr werden wir deshalb den **Engagementpreis NRW** vergeben. Damit tolle und vorbildliche Projekte bekannt und angemessen gewürdigt werden.

Staatssekretärin Andrea Milz, die für das Thema zuständig ist, steht mit den vielen Ehrenamtlichen dazu auch im Austausch.

Demografischer Wandel

Der Demografische Wandel ist ein politischer „Evergreen“, aber auch ein wichtiges Thema.

Ich will nur eine Zahl nennen: Der Anteil der Menschen über 67 Jahre steigt im Vergleich zur Erwerbsbevölkerung in Nordrhein-Westfalen von 30 Prozent auf rund 42 Prozent in 2050 weiter an.

Diese Entwicklung hat enorme Auswirkungen

- Sie verschärft die Herausforderung des Fachkräftemangels.
- Sie erfordert Antworten auf die Fragen einer nachhaltigen Stabilisierung der Sozialsysteme.
- Und sie fordert uns, dass Miteinander der Generationen zu stärken.

Ein Thema, das neben verschiedenen Fachausschüssen auch den Hauptausschuss betrifft, ist der Aspekt: **Einsamkeit**.

Der Ministerpräsident hat es in seiner Regierungserklärung so formuliert:

„Eine Wohlstandsgesellschaft, die Einsamkeit hinnimmt, beraubt sich ihres wahren Vermögens.“

Die Landesregierung ist sich der Bedeutung des Themas bewusst und hat deshalb die **Stabstelle „Demografischer Wandel und Einsamkeit“ geschaffen** und somit das Thema Demografischer Wandel erstmalig direkt in der Staatskanzlei als koordinierende Stelle und Querschnittsaufgabe angesiedelt.

Entbürokratisierung

Wir setzen das Thema **„Haushaltskonsolidierung und Bürokratieabbau“** auf die Agenda.

Diese Landesregierung hat sich einiges vorgenommen. Sie wird **alle Programme auf ihre Zukunftsfähigkeit untersuchen**. Unter anderem werden wir

- prüfen, ob sie **wirksam, bürokratiearm und effizient** sind.
- Wir werden sicherstellen, dass sie dazu beitragen, **unsere Nachhaltigkeitsziele** zu erreichen.

Darüber hinaus werden wir uns konsequent und nachhaltig einer **umfassenden Aufgabenkritik** stellen.

Denn die Zeiten zeigen, dass wir als Staat priorisieren müssen bei dem, was wir uns vornehmen. Da dies ressortübergreifend passieren muss, soll das in der Regierungszentrale stattfinden.

Dafür haben wir eine **neue Arbeits-Einheit in der Staatskanzlei** eingerichtet. Sie wird – vorbehaltlich der Tatsache, dass der Landtag die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen schafft – zeitnah starten.

Aus dieser Arbeits-Einheit heraus werden wir dann

- **ressortübergreifend analysieren** und beraten,
- werden Prozesse und **Prozessoptimierungen anregen**, begleiten und umsetzen, insbesondere durch Digitalisierung
- Wir werden den Aufgabenkatalog des Landes im bestehenden Rechtsrahmen auf den Prüfstand stellen.

Bundes- und Bundesratsangelegenheiten

Die Bedeutung des Föderalismus haben die vergangenen zwei Jahre der Pandemie einmal mehr unterstrichen.

Die **Ministerpräsidentenkonferenz** ist heute jedem in Deutschland ein Begriff.

Am Ende sind im Miteinander von Bund und Ländern **passgenaue Lösungen für unterschiedliche Herausforderungen** der Pandemie in den Ländern entstanden.

Und die MPK hat sich als ein wichtiger Problemlöser für ganz Deutschland erwiesen. Als **Vorsitzland hat Nordrhein-Westfalen** daran einen wichtigen Anteil.

Ich danke Ihnen auch ganz herzlich für die Unterstützung hier aus dem Ausschuss – zum Beispiel mit Blick auf die personelle Ausstattung der Staatskanzlei.

Und auch im kommenden Jahr stehen wir Niedersachsen als Co-Vorsitzland weiter zur Seite. In einer überaus anspruchsvollen Zeit übernimmt unser Land Verantwortung. Derzeit finden auch weiterhin nicht nur alle drei Monate, sondern deutlich häufiger MPKs statt.

Nicht nur im Rahmen der MPK, sondern auch im Bundesrat.

Die Bundesgesetzgebung ist in der aktuellen Krisenzeit von einer schnellen Taktung geprägt. Gesetzesvorlagen sind vielfach fristverkürzt eingegangen. Die Länder sind sich einig, dass diese Fälle eine Ausnahme bleiben müssen.

Klar ist, unsere Herausforderungen sind groß. Als Landesregierung setzen wir uns für konstruktive Lösungen ein. Hier müssen wir in regelte Verfahren zurückkommen.

Wir sind der Meinung, dass der **Vermittlungsausschuss** wieder die Rolle einnehmen sollte, die unser Grundgesetz vorsieht:

- **Als Konfliktlöser zwischen Bund und Ländern.**
- Als normales Organ im Gesetzgebungsverfahren und nicht als vermeintliches Blockadeinstrument.

Wichtig ist bei all dem: Politik muss stets transparent sein, Politik muss erklärt werden können. Eine Aufgabe, bei der die Länder besonders in der Pflicht sind.

Im Sinne einer bürgerorientierten Transparenz haben wir kurz nach Regierungsbildung begonnen, das Abstimmungsverhalten des Landes Nordrhein-Westfalen im Bundesrat am gleichen Tag zu veröffentlichen, sodass jede Bürgerin und jeder Bürger einsehen kann, wie das Land Nordrhein-Westfalen abgestimmt hat. Das Abstimmungsverhalten war bereits vorher einsehbar, aber wir haben jetzt Hürden abgebaut.

Angelegenheiten der Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften

Die Kirchen, die jüdischen Kulturgemeinden und die anderen Religionsgemeinschaften spielen eine wichtige Rolle in unserer Gesellschaft.

Die Landesregierung wird die bewährte Partnerschaft mit den Kirchen und anderen Religionsgemeinschaft fortsetzen.

In diesem Themenbereich gibt es daher Kontinuität, aber auch neue Akzente.

Unser Land ist von großer religiöser Vielfalt geprägt. Sie umfasst Menschen mit verschiedenen Bekenntnissen ebenso wie Menschen, die keinem Glauben angehören.

Offenheit, Toleranz und Respekt sind deshalb für das Zusammenleben von großer Bedeutung.

Deshalb wollen wir den **Dialog zwischen den Religionen weiter begleiten und unterstützen.**

Ein weiteres Thema für diesen Ausschuss ist die Frage der **Ablösung der Staatsleistungen**. Sollte der Bund hierfür ein **Grundsatzgesetz** aufstellen, so sind wir offen für eine entsprechende Vereinbarung mit den Kirchen. Derzeit laufen erste Gespräche zwischen dem Bund, den Ländern und den Kirchen.

Im vergangenen Jahr haben wir das Festjahr **„1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“** begangen. Dabei ist es gelungen, jüdisches Leben, jüdische Kultur und Religion besser bekannt zu machen.

Nordrhein-Westfalen hat die größte jüdische Gemeinschaft in Deutschland. Darauf sind wir stolz. Wir werden das jüdische Leben in unserem Land weiter stärken und fördern.

Wir werden uns mit dem **dritten Bericht der Antisemitismusbeauftragten** befassen.

Ich bin froh und dankbar, dass uns **Frau Leutheusser-Schnarrenberger für diese wichtige Aufgabe zur Verfügung steht.**

Auch die Musliminnen und Muslime sind ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft. Es versteht sich von selbst, dass die islamischen Gemeinschaften, die die rechtlichen Voraussetzungen erfüllen, als Religionsgemeinschaften anerkannt werden. Darüber haben wir hier im Ausschuss schon häufiger diskutiert und werden das auch in dieser Legislaturperiode weiter tun.

Sicherlich werden wir uns auch mit weiteren Themen befassen, die nicht federführend in diesem Ausschuss behandelt werden, aber dennoch auch seine Zuständigkeit berühren, wie beispielsweise **Entwicklungen beim Religionsunterricht oder bei einer Imamausbildung.**

Staatsverträge im Rahmen des Artikels 66
Satz 2 der Landesverfassung

Die Landesregierung bereitet aktuell **verschiedene Staatsverträge** vor.

Dazu gehört erstens **das Abkommen über die Errichtung und Finanzierung der Akademie für Öffentliches Gesundheitswesen in Düsseldorf.**

Hierbei handelt es sich um die bundesweit einzige länderübergreifende Einrichtung zur Aus-, Fort- und Weiterbildung aller Beschäftigten im Öffentlichen Gesundheitsdienst.

Dazu gehört zweitens der **Medienänderungsstaatsvertrag, der den Landtag bereits erreicht hat.**

Und dazu gehören **drittens die Planungen für einen Staatsvertrag zwischen Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen über die Vereinigung der LBS Westdeutsche Landesbausparkasse.**

Diese Staatsverträge befinden sich in unterschiedlichen Phasen der Vorbereitung, Erstellung und Abstimmung.

Wir werden den Landtag weiter darüber informieren.

Schluss

Soweit ein kurzer Überblick für die relevanten Punkte des Hauptausschusses in der 18. Wahlperiode.

Ich freue mich auf den weiterhin konstruktiven Austausch hier im Ausschuss.

Vielen Dank.